20. Wahlperiode

Drucksache **20/7175**

HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

13.01.2022
HHA

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **40 zusätzliche Stellen für Obersekretäranwärter im Justizvollzug**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Justizvollzug
Buchungskreis: 2450

Produktnummer lt. Leistungsplan 1, 2

Bezeichnung lt. Leistungsplan Erwachsenenvollzug, Jugendvollzug

Leistungsplan:

	von	Veränderung um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	306.389,1	+600,0	306.989,1
Eigene Erlöse	15.632,0	0,0	15.632,0
Produktabgeltung	290.757,1	+600,0	291.357,1

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Stellenzahl Besoldungsgruppe A 7 (Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst) erhöht sich von 163,5 auf 203,5 Stellen.

Kameraler Haushalt: **Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	115.675.300	+600.000	116.275.300

Kameraler Haushaltsabschluss: **Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	148.986.800	+ 600.000	149.586.800
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-272.031.700	-600.000	-272.631.700

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Eingegangen am 13.01.2022 Ausgegeben am 13.01.2022
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Im Stellenkontingent des Justizvollzuges sind seit 2016 nur noch rund 165 Anwärterstellen für den allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) ausgebracht. Tatsächlich gestaltet es sich in der Praxis jedoch so, dass es im Justizvollzug deutlich mehr als 200 Anwärter gibt, die sich jeweils auf zwei Jahrgänge verteilen. Darüber hinaus führen fehlende Ausbildungsplätze dazu, dass sich die Wartezeiten im Tarifbeschäftigtenverhältnis deutlich verlängern, da sie nicht auf Anwärterstellen geführt werden können. Infolgedessen wird die Nachfolgeplanung massiv behindert. Viele Tarifbeschäftigte des AVDs warten derzeit 18 bis 22 Monate auf einen Ausbildungsplatz. Unter anderem bittet der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) daher, insgesamt 40 zusätzliche Stellen für Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst im Haushalt 2022 auszuweisen. Der Anwärtergrundbetrag beträgt in den Besoldungsstufen A 6 bis A 8 seit dem 1. Januar 2021 mtl. 1.240,66 Euro. Entsprechend wären die Zuweisungen um rund 600.000 Euro zu erhöhen.

Wiesbaden, 12. Januar 2022

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou

Eingegangen am 13.01.2022 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** ·
Ausgegeben am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de